



Eine Schule für alle – Schulstruktur in Bewegung

Beschluss des GEW Hauptvorstands vom 7./8. März 2008

- Die GEW begrüßt die zahlreichen neuen Initiativen auf dem Weg zu einem längeren gemeinsamen Lernen in den Bundesländern. Dazu zählen insbesondere die Initiative „Länger gemeinsam lernen – Baden-Württemberg“, der „Runde Tisch Gemeinschaftsschule“ Berlin, die Volksinitiative „Eine Schule für alle“ Hamburg sowie das Bündnis „Länger gemeinsam lernen“ in NRW.
- Die GEW begrüßt ausdrücklich, dass nach den GRÜNEN und der LINKEN auch die SPD auf ihrem letzten Bundesparteitag ihre Programmatik für das längere gemeinsame Lernen und Eine Schule für alle geöffnet hat.
- Die GEW fordert die (mit)regierenden Sozialdemokraten in den Bundesländern sowie die vor Koalitionsgesprächen stehenden Parteien zu konsequenten Schritten auf dem Weg zu Einer Schule für alle auf. Halbherzige Maßnahmen, die nur Realschulen und Hauptschulen zusammenführen, Gymnasien und Sonder-/Förderschulen jedoch auf Dauer als eigenständige Schulformen erhalten wollen, können möglicherweise die Situation der Hauptschüler/innen und der Hauptschulen für eine kurze Zeit verbessern. Sie sind aber perspektivisch nicht geeignet, die zahlreichen Probleme der frühen Selektion für Individuen, Wirtschaft und Gesellschaft wirkungsvoll anzugehen.
- Die Entwicklung in Schleswig-Holstein zeigt deutlich, dass Gemeinschaftsschulen, in denen alle Bildungsgänge angeboten werden, für Eltern und kommunale Schulträger weitaus attraktiver sind als die sog. Regionalschulen, die lediglich den Haupt- und Realschulbildungsgang anbieten. Ohne bessere Rahmenbedingungen und ohne die generelle Einbeziehung aller Schularten droht diese Reform jedoch zu scheitern. Die GEW unterstützt die GEW Schleswig-Holstein in ihrem Bemühen, die unzureichenden Arbeits- und Lernbedingungen in den neuen Schulformen zu verbessern und zu vereinheitlichen, die bei der „Weiterentwicklung“ von Gesamtschulen zu Gemeinschaftsschulen vorgesehene Verschlechterung dieser Bedingungen zu verhindern sowie die Zusammenführung verschiedener Schulformen und pädagogischer „Kulturen“ zu unterstützen und zu begleiten. Die Forderung „Eine Schule für alle – Eine Ausbildung für alle – Eine Bezahlung für alle“ ist und bleibt die zukunftsfähige Leitidee der GEW-Schulpolitik.

- Die GEW stellt fest, dass sich die Integrierten Gesamtschulen steigender Beliebtheit bei kommunalen Schulträgern und Eltern erfreuen. Ihre pädagogische, auf individuelle Förderung und Integration zielende Arbeit wird zudem durch die Verleihung von angesehenen Schulpreisen auch öffentlich gewürdigt. Es zeigt sich, dass verschärfte Selektion (z.B. durch die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit) sowie der Wunsch der Kommunen nach einem vollständigen Schulangebot bei rückläufigen Schülerzahlen die Attraktivität integrativer Schulen deutlich erhöhen. Die GEW fordert die Landesregierungen unter anderem von Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und dem Saarland mit Nachdruck auf, den Elternwillen nicht länger zu ignorieren und die Neuerrichtung integrierter Gesamtschulen nicht länger zu blockieren sondern aktiv zu unterstützen.
- Die GEW lädt die verschiedenen Initiativen und Akteure zu einem Workshop ein. Zur Bündelung der Kräfte soll geklärt werden, ob eine Einigung auf einen gemeinsamen bundesweit zu verbreitenden Aufruf möglich ist.

LINKS

„Länger gemeinsam lernen – Baden-Württemberg“ <http://www.laenger-gemeinsam-lernen-bw.de/>
Volksinitiative Eine Schule für alle Hamburg <http://www.eineschule.de/>
Bündnis „Länger gemeinsam lernen“ in NRW <http://bestes-lernen.de/>
Runder Tisch Gemeinschaftsschule Berlin <http://www.rt-gemeinschaftsschule-berlin.de>